

6. Die Leistungskontrolle durch Abschluß- und Zwischenprüfungen ist zu verbessern. An den Oberschulen sind in allen Klassen am Ende des Schuljahres Zwischenprüfungen durchzuführen. In den Grundschulen sind, beginnend mit der 7. Klasse, am Ende des Schuljahres 1950/1951 ebenfalls Zwischenprüfungen einzuführen. Bis zum Schuljahr 1953/1954 sind die Zwischenprüfungen jährlich auf eine weitere Klasse bis zum 5. Schuljahr herab auszudehnen.
7. Die Festigung der Zentralschulen ist von entscheidender Bedeutung für die Hebung des Bildungsniveaus der Landkinder. Die Zentralschulen sind unter Berücksichtigung der Wege und Transportverhältnisse sowie der Raumfrage zu überprüfen. Überspitzungen bei der Schaffung von Zentralschulen und Zentralschulverbänden sind zu beseitigen. Termin: 1. April 1951.
8. Für die Errichtung von neunten und zehnten Klassen in Schulen industrieller und landwirtschaftlicher Schwerpunkte ist bis zum 1. März 1951 ein genauer Plan auszuarbeiten.
9. Zur Verbesserung der Arbeit an den Schulen sind für Schulräte, Schulleiter und deren Stellvertreter bis zum 1. April 1951 grundsätzliche Arbeitsrichtlinien auszuarbeiten.
10. Unsere Genossen im Ministerium für Volksbildung haben dafür zu sorgen, daß unter der Verantwortung des Ministeriums unverzüglich die Zusammenarbeit mit den demokratischen Massenorganisationen zur Organisierung des Sports auf breitester Basis entwickelt wird, um allen Kindern zu helfen, sich an der Körperkultur zu beteiligen.
11. Alle Genossen, die auf dem Gebiete des Schulwesens tätig sind, haben dafür zu sorgen, daß die Erziehung und Ausbildung unserer Jugend der Verfassung entspricht und entsprechend dem Jugendgesetz erfolgt. Danach ist an den Schulen der Deutschen Demokratischen Republik die Prügelstrafe streng verboten. Die staatlichen Organe sind verpflichtet, zu verhindern, daß die Prügelstrafe angewendet wird. Ein Lehrer, der die Prügelstrafe anwendet, wird zur Verantwortung gezogen.
12. Im Zusammenwirken mit der FDJ und den Jungen Pionieren haben unsere Genossen im Ministerium für Volksbildung Maßnahmen einzuleiten, daß künftig mehr Arbeiterkinder die Oberschule besuchen und ihnen dazu entsprechende Hilfe gewährt wird.